

An die
Lokalredaktionen
per E-Mail

B 90/Die Grünen

CSU

UWG

Starnberg, den 02.07.2016

**Pressemitteilung – Bundesverkehrsministerium bekennt:
„Realisierung des Tunnels steht nichts entgegen“**

Eine Anfrage der Bundestagsfraktion B 90/Die Grünen an das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bestätigt erneut, dass der Bund grundsätzlich den Bedarf für das Projekt sieht und einer Finanzierung nichts entgegensteht.

Die Bürgerinnen und Bürger in Starnberg fragen sich zu Recht, warum man auf die Bremse tritt, wenn Baurecht und Geld vorhanden sind. Herr Bundesverkehrsminister Dobrindt hat die Kompetenz, umgehend die Anweisung zum Bau zu geben und damit endlich für Klarheit zu sorgen, anstatt sich von Unstimmigkeiten vor Ort leiten zu lassen.

Grünen-Fraktionschef Dr. Toni Hofreiter, der sich in der Vergangenheit bereits als Vorsitzender des Verkehrsausschusses mit der Starnberger Situation befasst hat und aus dessen Büro die aktuelle Anfrage kam, erklärt: „Eine Alternativplanung gibt es nicht, jeder muss sich die Alternativen klar machen: ein baureifer, finanzierbarer Tunnel oder ein Phantasieprojekt, das jeder Kenner der Materie mühelos als Illusion durchschaut.“

Die Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Grünen Bundestagsfraktion hat auch die UWG und die CSU auf den Plan gerufen. Die Sprecher der Gruppierung UWG, Ferdinand Pfaffinger und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Martina Neubauer erklären ihr Unverständnis über das Agieren des Bundesverkehrsministers angesichts der klaren Aussage aus seinem Hause. Eine vernünftige Erklärung, warum der Tunnel sich im aktuellen Entwurf des Bundesverkehrswegeplans nur im „Weiteren Bedarf mit Planungsrecht“ wiederfindet, kann das Ministerium nicht geben. Aufgrund des abgeschlossenen, unanfechtbaren Planungsverfahrens wäre ein Bau sofort möglich. In der gemeinsamen Erklärung von CSU, UWG und GRÜNEN heißt es weiter: „Aus der Antwort geht eindeutig hervor, dass ausschlaggebend für die Verkehrsmisere insbesondere die verantwortungslose Haltung der aktuellen Stadtregierung ist. Keine plausible Antwort zu geben, wie der Durchgangsverkehr bewältigt werden kann, aber

die einzig durchführbare Lösung einfach vom Tisch zu wischen. Für CSU-Sprecher und Stadtrat Stefan Frey ist das Agieren der Stadt „das eigentliche Desaster“.

Die Sprecher von UWG und GRÜNEN sind sich sicher: „Dobrindt misst mit zweierlei Maß. Bei anderen Straßenprojekten spielen Befindlichkeiten vor Ort keine Rolle, und der Bund führt Projekte des gesetzlichen Bedarfsplans durch. Dies muss besonders dann Priorität haben, wenn die Schadstoffbelastungen so hoch wie bei uns in Starnberg sind. Der B 2-Entlastungstunnel ist im gültigen Luftreinhalteplan eine zentrale Maßnahme zur Verbesserung der Luftqualität. Das sollte auch in Berlin zu denken geben.“ Alle drei Gruppierungen fordern den Bundesverkehrsminister auf, trotz der unverantwortlichen Haltung der aktuellen Stadtregierung endlich tätig zu werden.

Für Nachfragen:

Martina Neubauer, Tel: 0176 533 57 110

Stefan Frey, Tel: 0177 8178000

Ferdinand Pfaffinger, Tel: 0151 22452034